

Beobachtungen vom amerikanischen Wahlkampf

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **52 (1973)**

Heft 1

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338640>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Beobachtungen vom amerikanischen Wahlkampf

Es wäre vermessen, nach einem rein zufällig mit dem Wahltermin zusammengefallenen und auf New York, Philadelphia und Washington beschränkten zehntägigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten versuchen zu wollen, Grundlegendes über den amerikanischen Wahlkampf zu Papier zu bringen, auch wenn der Beobachter von früheren Aufenthalten her und an sich mit den politischen Problemen der Vereinigten Staaten nicht unvertraut ist. Trotzdem sei einiges angeführt, was Menschen mit Erfahrungen aus europäischen Wahlkämpfen als unterschiedlich auffallen muss. So war es zum Beispiel ein Plakat in der New Yorker Untergrundbahn, das nicht von einer politischen Partei, sondern von einer Vereinigung für die Förderung der staatsbürgerlichen Bildung finanziert war; es zeigte eine reizvolle Frau und der Text lautete: «Die schöne Frau ist die, welche sich an der Abstimmung beteiligt. – Sorgen Sie jetzt für Ihre Eintragung (in die Wählerliste).» Sicherlich ein origineller Weg, die Frauen dazu zu bewegen, sich um ihr Wahlrecht zu kümmern. Eine andere Besonderheit ist, dass nicht nur die grossen Kaufhäuser, sondern auch kleinere, in riesigen Inseraten einen speziellen «Wahltagausverkauf» anpreisen. Das hängt damit zusammen, dass die Wahl immer an einem Dienstag, also einem Arbeitstag, stattfindet und noch in den Arbeitsstunden abgeschlossen wird, so dass viele Arbeitnehmer, um sich an der Wahl beteiligen zu können, sich von der Arbeit freinehmen müssen und dabei Zeit haben, Einkäufe zu machen.

Politisch wichtiger dürfte das Faktum sein, dass wenigstens rein äusserlich bei der Wahlwerbung weitgehend auf ideologische Gesichtspunkte verzichtet wird. In einem Zweiparteiensystem muss jede der beiden Parteien so tun, als würde sie die Politik der anderen betreiben, weil sie ohne die Stimmen eines Teiles der traditionellen Anhänger der anderen Partei nicht zu siegen vermag. Die an sich immer stärkere Demokratische Partei Amerikas hat denn auch durch den Appell an Wählerschichten, die an sich «republikanisch» stimmen würden, die Parlamentswahlen (Kongress und Senat) gewonnen, aber sie hat die Präsidentschaftswahlen verloren, weil ihr Kandidat keine Wähler aus dem republikanischen Lager anzog und überdies weite Schichten aus dem traditionell demokratischen Lager – zu Recht oder zu Unrecht – abstiess. Es war von allem Anfang an klar, dass McGovern das Rennen nicht gewinnen konnte, aber die tägliche Versicherung der Massenmedien und der Meinungsforschungsinstitute, die diese Tatsache immer wieder aufgetischt haben, haben ihm zweifellos noch weiteren Abbruch getan und den Erdrutsch zugunsten Nixons erst möglich gemacht. Viele demokratische Wähler haben einfach deshalb für McGovern gestimmt, weil sie den unvermeidlichen Sieg Nixons wenig-

stens halbwegs verkleinern wollten, aber in Gesprächen mit unzähligen Menschen in den drei genannten Städten habe ich keinen angetroffen, der von McGovern anders gesprochen hätte als von dem im Verhältnis zu Nixon kleineren Übel. Auch Neger haben sich in diesem Sinn geäußert, dass sie für McGovern stimmen, weil sie zu Nixon kein Vertrauen haben. Das Wahlergebnis bestätigte, dass die Entscheidung der amerikanischen Gewerkschaftszentrale AFL-CIO, keinen der beiden Präsidentschaftskandidaten zu unterstützen, nicht wie es vielfach dargestellt wurde, auf ein Vorurteil des als starrsinnig hingestellten Vorsitzenden Georges Meany gegen McGoverns Vietnam-Politik zurückzuführen, sondern eine wohlüberlegte, mit einer Mehrheit von 27 gegen drei Stimmen erzielte Entscheidung war, den Gewerkschaftsbund durch die Unterstützung eines vom gewerkschaftlichen Standpunkt keineswegs einwandfreien und überdies aussichtslosen Kandidaten zu kompromittieren. McGovern war seinerzeit nur mit gewerkschaftlichen agitatorischer und finanzieller Hilfe in den Senat gewählt worden und zur Bestätigung seiner Wahl war eine neuerliche Stimmenzählung (recount) notwendig, für deren Kosten der Kandidat aufzukommen hat. Die dafür notwendigen 20 000 Dollar wurden wieder von den Gewerkschaften aufgebracht, und nur das hat die Wahl McGoverns in den Senat möglich gemacht. Kaum gewählt, hat er sich aber nur um die Interessen der Weizenbauern seines Staates South-Dakota gekümmert und sich der Arbeiterinteressen in keiner Weise angenommen, ja sogar für das bei den Arbeitnehmern verhasste Gesetz gegen den Gewerkschaftszwang (right of work) gestimmt. Trotzdem haben grosse Gewerkschaften, wie zum Beispiel die Ladies Garment Workers, sich aus Feindschaft gegen Nixon für die Wahl McGoverns eingesetzt und auch finanziell mitgeholfen. Das hat keineswegs dem Prestige der betreffenden Gewerkschaften genützt, denn zum Beispiel der nicht der Zentrale AFL-CIO angehörende Automobilarbeiterverband, der aus seiner politischen Einstellung und nicht so sehr aus gewerkschaftlicher Abneigung gegen Nixon seine Mitglieder dringend zur Wahl McGoverns aufgefordert hatte, hat damit vollkommen Schiffbruch erlitten: die – nicht zuletzt durch Bemühungen ihrer Gewerkschaft – gut bezahlten und gut beschäftigten Automobilarbeiter von Detroit haben entweder für keinen der beiden Präsidentschaftskandidaten gestimmt oder für Nixon. Auch in der – wenn man die organisierte Mitgliedschaft bedenkt – kleinen Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten hat die Wahlkampagne von 1972 eine Krisensituation hervorgerufen. Ein auch international bekannter Verfechter sozialdemokratischer Ideen in Amerika, wie Professor Sidney Hook, ist so weit gegangen, in einer Erklärung, in der scharfe Kritik an McGovern geübt wurde, Nixon als das kleinere Übel zu bezeichnen. Die Sozialistische Partei selbst hat die Parole ausgegeben, McGovern mit gewissen Vorbehalten (sie nannten es «critical preference») zu unterstützen. (Von der früheren Gewohnheit, Zählkandidaten der Partei für die Präsi-

dentschaftswahlen aufzustellen, ist man schon lange abgegangen, aber ausser den Kommunisten hat auch eine Gruppe, die sich Socialist Workers' Party und eine andere, die sich Socialist Labor Party nennt und trotzkistisch ausgerichtet ist, diese Möglichkeit, auf sich aufmerksam zu machen, mit sehr geringem Erfolg ausgenützt.) Aber einem der drei Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Michael Harrington, wiewohl er selbst gewisse Vorbehalte gegen McGovern hat, war die Haltung der Partei zu schwächlich, und er hat deshalb das Vorsitzendenamt zurückgelegt, bleibt jedoch weiter in der Partei. Die Erfahrungen mit dem Wahlkampf 1972 scheinen aber sowohl für die amerikanischen Sozialisten und Gewerkschafter wie auch für die Anhängerschaft der Demokratischen Partei im allgemeinen bewiesen zu haben, dass sowohl eine Kandidatur wie auch eine politische Haltung, die nicht mit der Grundströmung im Lager der «Demokraten» konform geht, zum Scheitern verurteilt ist. Mit noch so wohlgesinnten Aussenseitern kann man den Kampf nicht gewinnen.

Auch ausserhalb des Präsidentschaftswahlkampfes gab es an manchen Stellen dramatische Auseinandersetzungen und die vielleicht dramatischste vollzog sich in einem Wahlkreis in West Manhattan (New York) bei den Wahlen in den Kongress. Fünf Kandidaten standen einander gegenüber, aber drei von ihnen waren völlig bedeutungslos, und der Kampf vollzog sich zwischen zwei Frauen, Bella Abzug und Priscilla Ryan. Bella Abzug war bisher ein Parlamentsmitglied für die Demokratische Partei gewesen, Priscilla Ryan ist die Witwe eines Abgeordneten der gleichen Partei. Der Kampf zwischen den beiden ging hauptsächlich um die Frage, ob Bella Abzug, die Jüdin ist, wirklich – wie sie behauptete – eine so energische Unterstützerin Israels im Parlament war oder nicht. Die Nichtjüdin Priscilla Ryan stellte sich als die weit bessere Verfechterin der Interessen Israels dar und Bella Abzug wurde in dem Blatt der Sozialistischen Partei vorgeworfen, dass sie gegen die Lieferung von amerikanischen Kampfflugzeugen an Israel gewesen sei. (Hier sei eine groteske Randerscheinung vermerkt, dass nämlich in dem kurz darauf stattgefundenen westdeutschen Wahlkampf die CDU im letzten Augenblick sich als der im Verhältnis zur SPD bessere Garant «für unsere jüdischen Mitbürger» empfohlen hat. Der Erfolg dieser Art von Propaganda dürfte gleich Null gewesen sein.) Die New Yorker Organisation der AFL-CIO und die Sozialistische Partei traten sehr energisch für Frau Ryan ein, und als ich die Sekretärin der amerikanischen Partei Joan Suall traf, hatte sie im Knopfloch ein Abzeichen, das Frau Ryans Namen trug. Die Sache wurde noch dadurch kompliziert, dass sowohl Bella Abzug wie auch Priscilla Ryan, die formell Kandidatin der nur in New York bestehenden Liberalen Partei war, für McGovern als Präsidentschaftskandidaten eintraten. Am Ende wurde Bella Abzug gewählt.

So verschieden amerikanische und europäische Wahlkämpfe auch sind, scheinen sich auch für Europäer aus amerikanischen Erfahrungen gewisse

Lehren zu ergeben. Das Zurücktreten der Parteien im Wahlkampf und die Unterstützung der individuellen Kandidaten auch für Ämter von geringerer Bedeutung, wie für Richterstellen, entspricht der amerikanischen Tradition, da ja die beiden grossen Parteien keine feste ideologische Grundlage haben. So war Fiorello LaGuardia, wohl der «linkeste» Bürgermeister, den New York je hatte, oder John Winant, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes war, Mitglied der Republikanischen Partei, während die Demokratische Partei nicht nur üble Rassisten aus dem Süden, sondern zum Beispiel den notorischen Senator Joe McCarthy zu ihren Mitgliedern zählte. Aber im Grunde ist die Republikanische Partei eine rechte und die Demokratische Partei eine linke. Die normale Propaganda in Amerika lautet nicht, man möge einen Kandidaten dieser oder jener Partei wählen, sondern sie lautet: «Stimmt für XY» oder «Macht die Wiederwahl von XY möglich». Etwas stärker, aber immer noch nicht parteipolitisch betont war in New York ein Plakat, das besagte: «Stimmt für einen guten Mann – George McGovern, und für eine gute Frau – Priscilla Ryan!» Auch in Europa, wo die sozialistischen Parteien früher immer zuerst ihr Programm in den Vordergrund stellten, ist der Hinweis auf die Kandidaten in den letzten Jahrzehnten weit stärker geworden denn je, und eine solche «amerikanische Entwicklung» vollzieht sich in Europa vollkommen natürlich. Das Schlagwort «Willy Brandt muss Kanzler bleiben» hat zweifellos seine Wirkung getan, und die Tatsache, dass es die Sozialisten sind, die die tüchtigeren, eindrucksvolleren und persönlich attraktiveren Kandidaten aufzustellen vermögen, hat sich als ein nicht zu unterschätzendes Argument für sie erwiesen. Eine andere, für Europa vielleicht nicht unwichtige Erkenntnis aus den amerikanischen Wahlen ist das Bemühen der Kandidaten, sozusagen als die Erfüller des Programms der Andersgesinnten zu erscheinen, um die notwendige Wählerzahl aus dem gegnerischen Lager herüberzuziehen. Am interessantesten war in dieser Beziehung das vierseitige Flugblatt, das in New York am letzten Tag von der Republikanischen Partei verbreitet wurde: Es zählte alle die wirklichen oder angeblichen Leistungen Nixons auf, in bezug auf die Wirtschaft, den Umweltschutz, das stärkere Vorgehen gegen den Missbrauch von Rauschgiften, das Eintreten für Recht und Ordnung, für Frauenrechte, und seine Leistungen in Aussenpolitik und Verteidigung. Wer das liest und alles glaubt, was dort steht, muss den Eindruck haben, dass Nixon ein weit links stehender Liberaler, wenn nicht gar ein Sozialist ist, der zum Beispiel als erster dran gedacht hatte, eine Frau zur Präsidentin des Obersten Gerichtes zu machen.

Das mag ein besonders extremes Beispiel dessen sein, wozu ein Zweiparteiensystem logischerweise führt, aber sollten sich die Sozialisten Europas angesichts der unvermeidlichen fortschreitenden «Amerikanisierung» des politischen Lebens in Europa nicht die Gefahren bewusst machen, die eine solche Art der Agitation in sich birgt?